Beschluss der BAG Frieden & Internationales auf der Tagung vom 05. Januar 2025

WP-01-K3: Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

ÄNDERUNGSANTRAG Ä6

*Antragsteller*in:* *Juergen Kurz*

Status: *Zurückgezogen*

Antragstext

Von Zeile 1004 bis 1008 löschen:

~~China versucht zunehmend aggressiv, das internationale System nach seinen Interessen umzubauen und den militärischen Druck in der Straße von Taiwan zu erhöhen. Für uns ist China systemischer Rivale, Wettbewerber und Partner, doch die Rivalität rückt immer mehr in den Fokus Pekings.~~ Mit der ersten China- Strategie der Bundesregierung haben wir begonnen, die jahrelange Naivität in der

Begründung

Die Aussagen in Zeile 1004-1007 entsprechen nicht den Tatsachen und der von China betriebenen Politik und zeigen in die falsche Richtung. Anstatt China so anzuklagen sollten GRÜNE wesentlich stärker auf eine Klimaschutzkooperation mit China setzen. Mit solchen nicht sachgerechten Formulierungen wird das erschwert.
Im Einzelnen:
1. China hat bis heute in keinem Statement behauptet, dass es aus seiner Sicht eine Rivalität mit Deutschland sieht. Auch nicht mit Europa. Im Gegenteil, China betont in allen Stellungnahmen, das es an einem partnerschaftlichen Verhältnis mit Europa und speziell mit Deutschland großes Interesse hat. Unter anderem wird dies auch belegt, mit der erst kürzlich verlängerten Visafreiheitspolitik. Deutsche Staatsbürger und viele andere Europäer können ohne Visa für 4 Wochen China besuchen. Die Rivalität wird ausnahmslos seitens Europa und deutscher Politiker betont aber niemals von China.
2. China versucht nach rund 200 Jahren Fremdbestimmung über China, mit allen Ländern der Welt ein partnerschaftliches Verhältnis zu pflegen. Dabei bemüht es sich auch die Rahmenbedingungen für Partner aus dem Bereich der Schwellenländer in globalen Institutionen zu verbessern. China greift in keiner Form die UN

Menschenrechtscharta an und hat in keiner Stellungnahme zum Ausdruck gebracht diese Charta ändern zu wollen. Allerdings setzt China wie jedes andere Land auch, unterschiedliche Schwerpunkte bei der Entwicklung und hat in den vergangenen 40 Jahren außergewöhnliches zum Schutz der Menschenrechte geleistet und rund 800 Mio. Menschen aus der Armut in einen moderaten Lebensstandard geführt. Es wehrt sich aber mit allen Mitteln dagegen, von westlichen Politikern für einzelne Fehlentwicklungen in seiner Geschichte gebrandmarkt zu werden.
3. China erhöht in der Taiwanstrasse nicht den militärischen Druck, sondern macht weiterhin deutlich, dass es konsequent an den 1979 geschlossenen Verträgen zur Ein China Politik festhält. Für China ist es seit Anfang der Gründung der VR China darauf zu bestehen, das Taiwan ein Teil Chinas ist. Angesichts der frisch gemachten Äußerungen des taiwanesischen Präsidenten, der in Taiwan keine parlamentarische Mehrheit mehr hinter sich hat, hat China mit seinen Militärmanövern noch einmal deutlich gemacht, dass es im Fall des Versuchs einer Abspaltung Taiwans, in der Lage ist, militärische Maßnahmen zu ergreifen. Damit folgt China der seit 1949 vorgegebenen Linie, dass es nur ein China gibt und eine Separation laut chinesischer Verfassung nicht zulässig ist. Die militärischen Manöver sind nicht neu, sie werden nur mit modernen Waffen vorgeführt.